



An der Grundschule Löstertal in Buweiler demonstrierten kürzlich Eltern und Schüler für den Erhalt ihrer Schule.

Foto: Ruppenthal

Schreier mit Angebot an die Eltern

Kultusminister Jürgen Schreier will den Eltern der jetzigen Grundschüler im Streit um die geplanten Schulschließungen ein Stück weit entgegen kommen. Die Schüler sollen auch bei einer Schließung ihrer Schule in ihrem Klassenverband zusammenbleiben können.

VON SZ-REDAKTEUR
NORBERT FREUND

Saarbrücken. Kultusminister Jürgen Schreier hält trotz der anhaltenden Elternproteste gegen die Grundschulreform an seinen Plänen fest, hat aber Übergangsregelungen zu Gunsten der jetzigen Grundschüler in Aussicht gestellt. Schreier (Foto: Agnes) sagte gestern in einem Gespräch mit unserer Zeitung, wenn Schulen zusammengelegt würden, sollten jene Klassen, die an eine andere Schule verlagert werden, in ihrem Klassenverband zusammenbleiben können. Wenn dann Schüler zusätzlich in diesen Klassenverband aufgenommen werden, sollten sie aus einer Klasse der aufnehmenden Schule kommen. Damit solle sichergestellt werden, dass Schüler, deren Schule aufgelöst wird, nicht doppelt benachteiligt werden: einmal durch die Standortverlagerung und zweitens durch das Auseinanderfallen ihres Klassenverbands. Zudem strebe man bei den verlagerten Klassen dann, wenn sie mit anderen Klassen zusammengeführt werden, einen kleineren Klassenteiler als den derzeitigen an, der bei einer Klassenhöchstgröße von 29 Schülern liegt.

Schreier kündigte an, die derzeitigen dritten Klassen sollten im

nächsten Schuljahr „unabhängig vom Schulstandort“ zusammenbleiben, „es sei denn der Klassenverband wäre sehr klein“. Diese Klassen sollten auch „nach Möglichkeit ihre derzeitigen Lehrer behalten“.

Der Kultusminister betonte, dies seien „die wichtigsten Informationen, die wir jetzt den Eltern geben können“. Darüber hinaus bekräftigte Schreier seine Absicht, die „Ersparnisse“, die durch die Zusammenlegung von Schulen erwirtschaftet werden sollen, „zu einem großen Teil“ in zusätzliche Qualitätsmaßnahmen zu investieren. Dies bedeute „nach und nach mehr Unterricht und Förderstunden, bessere Nachmittagsangebote, bessere Sprachförderungsangebote und den Aufbau einer Qualitätssicherung“.

Schreier teilte mit, dass die Schulbegehungen, bei denen die Landesregierung eine Bestandsaufnahme über die an den heutigen Grundschulen vorhandenen Räumlichkeiten und die Schülerzahlen gemacht habe, abgeschlossen seien. Bis zum Jahresende werde das Ministerium eine Planstudie zur Grundschulreform erarbeiten, die man bis Ostern mit Schulträgern, Eltern- und Lehrerverbänden diskutieren wolle. Entsprechend dem saarländischen Schulmitbestimmungsgesetz werde

man auch die Schulregionkonferenzen und die Schulkonferenzen anhören, sagte der Minister.

Aus Sicht von Schreier bleibt es beim rechtlichen Grundsatz der Zweizügigkeit. Zu unterscheiden davon sei die Standortfrage. Es könne nämlich sein, dass in Schulen, die Klassen von anderen Schulen aufnehmen sollen, dafür nicht genug Raumkapazitäten vorhanden wären. In diesem Fall werde man beide Standorte aufrechterhalten – entweder für eine Übergangszeit oder auf Dauer. Rechtlich würde es allerdings auch dann zum Zusammenschluss der Schulen kommen. Nur hätte man dann eben einen Hauptstandort und einen Zweitstandort als „Dependance“ dieser Schule.



Jürgen Schreier

Derweil nannte der Chef der Landeselternvertretung Grundschulen, Jean-Claude Schmit, die von Schreier angebotenen Übergangsregelungen unzureichend. Aus seiner Sicht sollten die jetzigen Schulen erhalten bleiben. Falls es doch zu Schulschließungen käme, sollten wenigstens die jetzi-

gen Klassenverbände zusammenbleiben. Es könne nicht angehen, dass Klassen von aufgelösten Schulen durch Schüler aufgefüllt werden, deren Schule erhalten bleiben soll. Denn dann würde man die Klassenverbände jener Schulen sprengen,

die bestehen bleiben sollen. Er berichtete, Schreier habe ihm den Vorschlag unterbreitet, „Problemkinder“ nach finnischem Vorbild zeitweise aus dem Klassenverbund herauszunehmen, um sie besonders zu fördern. Dies begrüße er, so Schmit.

Groß-Demo vor Landtag angekündigt

Proteste gegen Schreiers Pläne sollen ausgeweitet werden

Neunkirchen. Elternvertretungen und Fördervereine aus dem gesamten Saarland haben am Dienstagabend in Neunkirchen eine landesweite Initiative zur Erhaltung der Grundschulen gegründet. Zukünftig sollen alle Aktivitäten durch einen Organisationsausschuss koordiniert werden, in dem sich alle Schulregionen wieder finden.

Zwei Mütter, Annette Schmidt und Andrea Martin, haben den Ball ins Rollen gebracht. Die beiden luden alle Schulelternsprecher am Dienstagabend nach Neunkirchen in die TuS-Gaststätte. Zur Gründungsversammlung der Initiative „Rettet die Grundschulen!“ kamen rund 100 Betroffene und Interessierte, viele weitere sagten per E-Mail oder telefonisch ihre Unterstützung zu.

„Die Argumente sind ja längst alle ausgetauscht. Das einzige, was uns jetzt etwas bringt, ist, auf die Straße zu gehen, mit vielen Menschen zu zeigen, was uns bewegt!“, sprach

Versammlungsleiter Egon Griem aus Rappweiler allen Anwesenden aus dem Herzen. Mit Plakaten, Flugblättern und Aktionen vor Ort sollen möglichst viele Menschen angesprochen werden, auch Kindergärten sollen in die Mobilisierungskampagne mit einbezogen werden. Außerdem ist eine große Demonstration vor dem Landtag im Januar geplant (der genaue Termin wird noch bekannt gegeben), bei der auch alle Unterschriftenlisten gegen die Schließung der Grundschulen – inzwischen sind bereits mehrere Tausend Unterschriften gesammelt worden – überreicht werden sollen. *jen*

◆ **Ansprechpartner** für weitere Informationen über die Initiative „Rettet die Grundschulen!“ sind Annette Schmidt, Tel. (0 68 21) 5 83 02 und Andrea Martin, Tel. (0 68 21) 5 19 87, E-Mail: Martin-NK5@t-online.de. Unter www.rettetdiegrundschulen.de.vu kann man sich auch im Internet über die Initiative informieren.